

➔ Seite 2

Sachwalter für die Opfer der zweiten Diktatur...

➔ Seite 4

Regionale Kooperation soll uns nach vorn bringen

➔ Seite 7

EU-Projekt für Zukunft des Landes - GAJL

➔ Seite 8

Jetzt muß ein Ruck durch Deutschland gehen!

➔ Seite 10

Magdeburg hat seine Sternbrücke zurück

➔ Seite 13

Schleichende Entmachtung des Stadtrates

➔ Seite 15

Sportpolitischer Kongress der Unionsfraktion

Wir stehen bereit für den Wechsel in Deutschland

Mit der klar gewonnenen Landtagswahl am 22. Mai in Nordrhein-Westfalen fiel die letzte Landesbastion von Rot-Grün. Dieser Sieg ist um so höher zu bewerten, da dieser Erfolg in der "Herzkammer" der Sozialdemokratie ein eindeutiges Bekenntnis der Wähler und Bürger gegen die verfehlte Politik von Rot-Grün ist. Doch kaum waren die Ergebnisse bekannt, überraschte Kanzler Schröder seine eigenen Truppen und die Grünen mit der Ankündigung von Neuwahlen, was einer klaren Bankrotterklärung und einem politischen Offenbarungseid gleichkommt. Am 1. Juli wird Schröder wohl die Vertrauensfrage stellen, um sich das Ende seiner Kanzlerschaft bestätigen zu lassen. Wir als Union sind gut aufgestellt, auch wenn der Zeitplan sehr gestrafft ist. Nach der Vertrauensfrage hat der Bundespräsident die Entscheidung innerhalb von 21 Tagen zu treffen, das Parlament aufzulösen, um dann innerhalb von 60 Tagen Neuwahlen anzuberaumen. Allgemein haben sich die Parteien schon auf den 18. September als Wahltag "geeignet". Wir haben uns als Bundes-, Landes- und Kreis-CDU auch auf dieses Procedere ein-



gestellt. Die Bundes-CDU wird am 11. Juli das Wahl- und Regierungsprogramm vorstellen, die Landes-CDU wird am 12. Juli auf einer Delegiertenkonferenz die Liste der Bundestagskandidaten festlegen und wir als Kreis-CDU benennen schon am 20. Juni den Kandidaten für die nächste Bundestags-Legislatur. Inhaltlich wird es im Wahlkampf darum gehen, den Bürgern zu vermitteln, dass unsere Konzepte besser als die von Rot-Grün sind und wir die Herausforderungen der kommenden Jahre meistern können. Die Wechselstimmung ist da, jetzt gilt es, diese Stimmung in Stimmen für die CDU umzusetzen. Die Beschäfti-

gungsfrage wird dabei im Mittelpunkt stehen, als eine Agenda für Arbeit. Eine wichtige Aufgabe der Union in den kommenden Wochen wird darin bestehen, die Menschen über das Ausmaß der strukturellen Krise, in der das Land steckt, aufzuklären. Insbesondere die Problemfelder Wachstumsschwäche, Arbeitslosigkeit, Hartz-IV-Mängel, wegbrechende Steuereinnahmen, Investitionsschwund und Finanzlücken in den Sozialsystemen stehen weiterhin auf der Problemliste.

Dies sind alles nicht unabänderliche Gegebenheiten, sondern Folgen konkreter Fehlentscheidungen der rot-grünen Bundesregierung und ihrer sie tragenden Parteien. Die Union wird ihre Alternativkonzepte dagegensetzen, um deutlich zu machen, dass mit einer besseren Politik die Menschen auch wieder Vertrauen in die Führung des Landes finden können.

Wir sind bereit, Rot-Grün auch auf Bundesebene abzulösen. Wird sind bereit, mit Angela Merkel den Wechsel zu vollziehen. Wir sind bereit für die große Aufgabe, Deutschland wieder erfolgreich zu machen.

Bernd Heynemann, MdB



Kreisparteitag mit Kampfabstimmungen

Die Union geht mit geschlossenen Reihen in den kommenden Bundestagswahlkampf - mit Angela Merkel als Kanzlerkandidatin. Die CDU-Vorsitzende steht vor einer ähnlichen historischen Aufgabe wie einst Maggi Thatcher Ende der 70er Jahre in England. Im Gleichklang mit der Unionsmehrheit im Bundesrat wird sie grundlegende Reformen durchsetzen müssen, wenn Deutschland im Wettlauf mit der Globalisierung nicht vollends den Anschluss an die Weltspitze verlieren soll.

Beim Kreisparteitag am **20. Juni, 18:00 Uhr im RAMADA-Hotel**, wird es auch um diese Fragen gehen. Gastredner ist der stellver-



tretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Bosbach. Spannend dürfte der

Parteitag aber vor allem auch deshalb werden, weil sich bislang drei Bewerber zur Wahl als Bundestagskandidat der CDU Magdeburg entschlossen haben: neben Bernd Heynemann, der seit drei Jahren die Stadt für die CDU im Bundestag vertritt, auch die stv. Kreisvorsitzende Sabine Wölfer und das Vorstandsmitglied Rainer Nitsche.

"Sachwalter für die Opfer der zweiten Diktatur will ich sein"



Gerhard Ruden: Auf dem Weg zurück zu seinen Wurzeln. Der Landtag wählte den Magdeburger Landtagsabgeordneten am 26. Mai zum Nachfolger von Edda Ahrberg. Hier im Interview mit dem stv. Kreisvorsitzenden Wilfried Köhler. Fotos: Birgit Uebe

Elbkurier: Herr Ruden, herzlichen Glückwunsch zur Wahl des Landesbeauftragten für die Staatssicherheitsunterlagen. Sie sind seit drei Jahren Landtagsabgeordneter. Was hat Sie gereizt, mit 58 Jahren dieses Amt anzustreben?

Ruden: Mit diesem Amt kehre ich wieder zurück zu meinen Wurzeln als Bürgerrechtler. Der zivile Widerstand gegen das Unrechtsregime der SED führte zur friedlichen Revolution und dem Ende der zweiten deutschen Diktatur. In jüngster Zeit mehren sich aber doch Anzeichen für eine Rehabilitation der "Errungenschaften" der DDR. Kleidungsstücke mit DDR-Symbolen, Nostalgie-Parties und entsprechende Sendungen im Fernsehen sollen den Eindruck erwecken, dass die DDR doch nicht so schlimm war. Hier müssen wir verhindern, dass die DDR verklärt wird.

Elbkurier: Wie wollen Sie das verhindern?

Ruden: Wir müssen dem Vergessen begegnen. Wenn ich Schüler im ehemaligen Stasi-Gefängnis in der Umfassungsstraße erlebe, denen weder Erich Honecker noch Erich Mielke ein Begriff sind, bin ich fassungslos. Wenn auch die Lehrer meistens ebenso über diese Seiten der DDR aufgeklärt werden müssen, so haben sie doch wenigstens mit ihren Klas-

sen diesen wichtigen Erinnerungsort besucht.

Elbkurier: Wie wollen Sie dem kollektiven Vergessen begegnen?



Ruden: Ich denke, dass unser Kultusminister sowohl Schulbücher als auch Lehrer auf den Prüfstand stellen muss. Entweder die Bücher taugen nichts oder die Lehrer weigern sich den Stoff zu vermitteln. Anders ist das völlige Unwissen nicht zu erklären.

Elbkurier: Viele Bürger werden sagen, lasst doch die DDR endlich in Ruh', wir haben heute andere Sorgen, Geschichte ist Geschichte.

Ruden: Das wäre natürlich verhängnisvoll. Gerade solches Nichtwissen macht die Menschen anfällig für die einfachen Lösungen von Rechts oder Links. Wir müssen als Demokraten aber alles daran setzen, dass sich nicht eine dritte Diktatur in

Deutschland etablieren kann. Wir müssen aufzeigen, wie der SED-Staat funktioniert hat, wie er mit subtilen Mitteln die Menschen gegängelt und betrogen hat.

Elbkurier: Was meinen Sie mit subtilen Mitteln?

Ruden: Sehen Sie, ich wollte eigentlich Lehrer werden. Das hat in meiner Familie Tradition. Ich habe aber schon als Jugendlicher erkannt, dass eine freie Diskussion und Wissensvermittlung in der sozialistischen Schule nicht möglich sein wird. Damit bin ich einem gesellschaftlichen Druck ausgewichen, dem alle Lehrer in der DDR mehr oder weniger ausgesetzt waren. Also wurde ich Bauingenieur. In diesem Beruf waren die Möglichkeiten der politischen Repression nicht so groß.

Elbkurier: ... und jetzt wollen Sie Behördenleiter werden und verstaubte Akten verwalten?

Ruden: Wahrscheinlich muss ich auch das! Aber mein Ziel ist es, mit Hilfe der Akten Aufklärungspolitik für die Gegenwart und Zukunft zu machen. Nicht bürokratischer Verwalter, sondern Sachwalter für die Opfer der zweiten deutschen Diktatur will ich sein. Ich möchte all denjenigen zu ihrem Recht verhelfen, die durch körperliche oder seelische Repression unter den Folgen der SED-Diktatur noch heute leiden. Dabei werde ich großes Augenmerk auf die Gedenkorte im Land legen, an denen die Machtmechanismen der Diktatur noch heute erlebbar sind. Denn erst dieses Erinnern schafft das Bewusstsein für die Verteidigung unserer Demokratie. Ich denke, das ist eine große Aufgabe, für die ich mich voll einsetzen werde.

Elbkurier: Wenn Sie sich selbst als Opfer der SED fühlen, haben Sie dann einen kühlen Kopf für die manchmal schwierigen Wege eines Rechtsstaates?

Ruden: Ich sehe mich nicht direkt als Opfer. Ich habe mich in der DDR nicht unterkriegen lassen und die Spielräume genutzt, die auch in der DDR vorhanden waren. Ich habe die üblichen

Zwangsmitgliedschaften, wie Junge Pioniere und FDJ, die bei Verweigerung zu gesellschaftlichem Mobbing und Ausgrenzung führten, mitgemacht. Aber bei der vormilitärischen Schulausbildung und den undemokratischen Wahlen habe ich dann doch versucht, demokratische Grundsätze durchzusetzen. Im Schutz einer kirchlichen Basisgruppe, dem Friedensarbeitskreis der ev. Martinsgemeinde haben meine Freunde und ich Gorbatschows Perestroika auch für die DDR reklamiert, die Wahlfälschungen von Egon Krenz angeprangert und die marode russische Atomtechnologie, die in Stendal nachgebaut werden sollte, öffentlich angesprochen. Damit hatte ich natürlich für Führungspositionen in der Wirtschaft keine Chance, aber ich konnte immerhin an der Weimarer Hochschule für Architektur Bau-Ingenieur studieren. Eine sehr wichtige Zeit in meinem Leben, weil ich in der Studentengemeinde mit anderen Ideen in Berührung kam, die die SED sonst abblockte.



Elbkurier: Und das war Ihr Weg zum Bürgerrechtler?

Ruden: Ja, in gewisser Weise schon. Ich war Vertrauensstudent, konnte Gesprächsführung und Gruppenleitung üben, Selbstorganisation einer Gruppe lernen und auch Diskussionsprogramme über Philosophien, Sozialwissenschaftler und Theologen erarbeiten, die in der DDR ansonsten tabu waren. Eigentlich kann man sagen, solche Zirkel waren die geistige Vorbereitung der Revolution. *Fortsetzung Seite 3*

Gerhard Ruden im Interview

Elbkurier: Sie meinen die Wende?

Ruden: Ja. Ich finde den Begriff der Wende bescheuert. Es war eine Revolution. Gewendet haben sich allerdings vielfach die Funktionsträger, ob beim öffentlichen Dienst oder in den Betrieben.

Elbkurier: Und die Mitarbeiter der Stasi?!

Ruden: Natürlich auch die Stasi-Leute. Die Demokratie hat sie nach Hause geschickt und zahlt ihnen eine gute Rente. Das ist eben der Preis der Friedlichkeit unserer Revolution.

Elbkurier: Und was kann der Landesbeauftragte gegen dieses empfundene Unrecht tun?

Ruden: Ich will kein Stasi-Jäger sein, aber doch eine Stimme für die Opfer. Ich möchte in Zusammenarbeit mit der Birthler-Behörde nach konkreten Lösungen für das vielfältige Unrecht suchen. Da gibt es Opfergruppen, die bisher kaum im Blickfeld waren und die um juristische und materielle Rehabilitation kämpfen. So zum Beispiel die Zwangsausgesiedelten aus dem Zonengrenzstreifen.

Elbkurier: Was erwarten Sie von einer möglichen CDU-geführten Bundesregierung?

Ruden: Ich werde die CDU natürlich beim Wort nehmen. Unser bisheriger Bundestagsabgeordneter Hartmut Büttner hat sich in vorbildlicher Art und Weise für eine bessere Entschädigung von SED-Opfern eingesetzt. Wenn die CDU in Berlin die Regierung übernimmt - was ich sehr erhoffe - dann müssen hier trotz knapper Kassen Ver-

besserungen erfolgen, z. B. ist es an der Zeit, den Opfern des SED-Regimes eine angemessene Rente zu geben, und nicht nur die Renten der Täter verfassungsgemäß zu erhöhen.

Elbkurier: Sie waren in den ersten Jahren nach der Wende, oder besser: friedlichen Revolution, Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen. Wie denken Sie rückblickend über diesen Wechsel?

Ruden: Die meisten sogenannten Bürgerrechtler waren Mitglied im Bündnis 90 und sind im Zuge der Fusion mit den westdeutschen Grünen 1993 in diese Partei gekommen. Wir sind bei den Grünen immer ein Fremdkörper geblieben. Ich habe die grüne Partei in erster Linie als Antibewegung gegen Kohl erlebt. In diesem Punkt waren sich alle Grünen einig. Ansonsten haben die Grünen den Anspruch, mit ihren Erkenntnissen einziger Garant für das Überleben dieser Welt zu sein. Mit missionarischem Eifer versuchen sie, ihre Ideen dem Volk als einzig nachhaltige Lebensart schmackhaft zu machen und vergessen dabei, um mit Luther zu sprechen "dem Volk aufs Maul zu schauen". Ich entsinne mich daran, wie viele Grüne sich vehement für die Einführung von Ersatzgeld stark gemacht haben, um den angeblich schädlichen Einfluss des Kapitalmarktes zurückzudrängen.

Derlei Beispiele für eine Ideologiesteuerte Politik der Grünen bilden nach wie vor den Kern grüner Politik. man denke nur an die "Multi-Kulti-Politik" des grünen Außen-

ministers Fischer.

Elbkurier: Und wie sind Sie dann zur CDU gekommen?

Ruden: Als die Grünen in Sachsen-Anhalt ab 1994 unter Führung der Höppner-Regierung eine immer größere Nähe zur PDS entwickelten und Stimmen laut wurden, dass nur mit der PDS die eigenen Ziele durchgesetzt werden können, habe ich über den Austritt nachgedacht. Das war auch die Zeit, als Helmut Kohl ganz bewusst den Bürgerrechtlern eine Brücke in die CDU gebaut hat. Mein Freund Wolfgang Kupke in Halle hat schon 1996 den Schritt zur CDU gemacht, ich bin dann 1997 gefolgt. Eine ganz wesentliche Brücke war dabei für mich aber auch die Konrad-Adenauer-Stiftung.

Elbkurier: Das müssen Sie erklären?

Ruden: Die Konrad-Adenauer-Stiftung pflegt in hervorragender Weise das Erbe der DDR-Bürgerrechtler. Diese CDU-nahe Stiftung hat seit 1990 die Themen Bürger- und Grundrechte in der DDR auf ihrer Agenda und dazu interessante Bildungsveranstaltungen angeboten. Diese Veranstaltungen wurden teilweise von meinem Verein, dem Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt, wahrgenommen und getragen. Und damit war ich schon halb in der CDU angekommen.

Elbkurier: Ich danke Ihnen für das Gespräch und wünsche Ihnen, dass Sie eine stärkere Wahrnehmung in der Öffentlichkeit erfahren als Ihre Vorgängerin Edda Ahrberg.

Gerhard Ruden

- 1946 in Haldensleben geboren, verheiratet, ein Sohn
- 1961-65 Humboldt-Oberschule (ehem. Domgymnasium)
- Studium Bauingenieurwesen in Weimar bis 1971
- Ingenieur Tätigkeiten in Bauindustrie bis 1990
- ab 1986 Friedensarbeitskreis der ev. Martinsgemeinde
- 1989-90 Bürgerrechtsbewegung, IFM, Runder Tisch
- 1990-94 Stadtverordneter und Beigeordneter für Umwelt für Bündnis 90/Die Grünen in Magdeburg
- 1995/96 arbeitslos, ab 1997 Städtischer Abwasserbetrieb
- 1997 Wechsel zur CDU
- 1999 Wahl zum Stadtrat
- 2002 CDU-Landtagsabgeordneter
- seit 26.05.2005 gewählter Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen



Termine

Juni

17.06.2005, ab 17.00 Uhr
CDU-Sommerfest
Kulturscheune Olvenstedt

20.06.2005, ab 18.00 Uhr
Wahlkreismitgliedervollversammlung im Ramada-Hotel

20.06.2005, 10.00 Uhr
Senioren Union
Beratungsraum der
CDU-Landesgeschäftsstelle

22.06.2005, 19.30 Uhr
Ortsverband Nord
"Cafe Nordlicht"

29.06.2005, 18.00 Uhr
Ost- und Mitteldeutsche
Vereinigung
Beratungsraum der
CDU-Landesgeschäftsstelle

Juli

05.07.2005, 19.00 Uhr
Ortsverbände
Fermersleben/Reform und Mitte
Gaststätte Jahnke

27.07.2005, 19.30 Uhr
Ortsverband Nord
"Cafe Nordlicht"

27.07.2005, 18.00 Uhr
Ost- und Mitteldeutsche
Vereinigung
Beratungsraum der
CDU-Landesgeschäftsstelle

August

04.08.2005, 18.00 Uhr *
unter Vorbehalt,
Dampferfahrt über das Wasser-
straßenkreuz, Fahrpreis ca. 10,-
Euro pro Person, Treffpunkt:
Bootsanleger Petriförder

27.08.2005, ab 11.00 Uhr
MIT-Wiesenfest
GTZH, Gustav - Ricker - Str.

September

28.09.2005, 18.30 Uhr
Ortsverband Olvenstedt

28.09.2005, 19.00 Uhr
Ortsverbände Rothensee/Am
Neustädter Feld/Neustadt

* Wir laden nicht nur CDU-Mitglieder ein, gern können Sie Freunde und Bekannte mitbringen.

Von der Zahl der Teilnehmer hängt die Durchführung der Dampferfahrt ab, daher ist hier eine **Voranmeldung unbedingt erforderlich!** Bitte signalisieren Sie auch der Kreisgeschäftsstelle für die übrigen Veranstaltungen bei Interesse Ihre Teilnahmebereitschaft.

Gisela Luding
Kreisgeschäftsführerin
Tel. 0391 2549812

CDU-Kreisparteitag am 9. April:

Regionale Kooperationen sollen Magdeburg nach vorn bringen



Kreisvorsitzender Jürgen Scharf sprach sich für einen fairen Ausgleich zwischen Magdeburg und Umlandgemeinden auf der Gesamtmitgliederversammlung am 9. April im Ramada-Hotel aus.

"Magdeburg ist pulsierendes Oberzentrum im Herzen Sachsen-Anhalts, Landeshauptstadt und wurde zur Zeit Ottos des Großen gar als "dritte Rom" bezeichnet. Worin liegt die herausragende Stellung der Elbestadt heute und in ihrer mittlerweile 1200-jährigen Geschichte begründet? Eine Ursache liegt in den Beziehungen Magdeburgs zum Umland begründet", so CDU-Kreisvorsitzender Jürgen Scharf auf dem Kreisparteitag am 9. April 2005. Früh habe sich Magdeburg mit und durch die Region zu einem "überregionalen Zentrum mit europaweiter Ausstrahlungskraft" entwickelt. Diesen Status gelte es auch für die Zukunft zu erhalten, so der Kreisvorsitzende mit Blick auf die beiden Thematiken des Parteitags "Neuordnung der Stadt-Umland-Verhältnisse Magdeburgs und Halles" und "Kreisgebietsreform".

Nicht immer entwickelten sich die Stadt-Umland-Beziehungen glücklich, stellte Scharf in seinem Grundsatzreferat nachdenklich fest. So habe es in den vergangenen 15 Jahren Fehlsteuerungen gegeben, die das Oberzentrum Magdeburg gegenüber der Peripherie benachteiligten: Kaufkraftverluste der Innenstadthändler an die Grüne Wiese, die unkoordinierte Ausweisung von Gewerbegebieten zu Lasten zentrumsnaher Brachflächen, bis hin zum geplanten Neubau eines Gymnasiums in Barleben in einer Zeit schmerzhaft-

ter Schulschließungen in der benachbarten Landeshauptstadt. Diese Entwicklungen würden jedoch an anderer Stelle durch ein gesetzlich festgeschriebenes Privileg in ihren negativen Wirkungen deutlich relativiert. So begünstige das Finanzausgleichsgesetz die kreisfreien Städte erheblich gegenüber den Flächenkreisen. Bei einem Anteil an der Gesamtbevölkerung Sachsen-Anhalts von nur ca. 21 % könnten sie im Ausgleich für infrastrukturelle Sonderlasten z.B. für Theater und Zoo mit 27 % der Zuweisungen an die Kommunen im Land kalkulieren.

Der Magdeburger Oberbürgermeister knüpft seine Vorstellungen zur zukünftigen Stadtentwicklung unverblümt an die Erwartung weiterer Eingemeindungen. Bringen neue Außenstadteile automatisch und dauerhaft auch mehr Geld in die Stadtkasse? Nein, so warnt Scharf, der in dem 1994 neu hinzugekommenen Ortsteil Pechau lebt. Weitere Eingemeindungen stellten vielmehr Sinn und Zweck der bisherigen Finanzverteilung zwischen kreisfreien Städten und Flächenkreisen grundsätzlich in Frage. Warum, so müsse gefragt werden, sollte eine große Stadt relativ zu ihrer Einwohnerzahl höhere Zuweisungen beanspruchen können als eine kleine, wenn



sie sich gleichzeitig Teile ihres Einzugsgebietes einverleiben darf? Ein solches doppeltes Privileg sei kaum vermittelbar. Schließlich vertrete die Mehrzahl der Parlamentarier die Interessen ländlich geprägter Regionen.



Bau- und Verkehrsminister Karl-Heinz Daehre bei seiner Rede vor dem Kreisparteitag. Der Langenweddinger warb leidenschaftlich für eine enge Zusammenarbeit zwischen Magdeburg und den umliegenden Gemeinden - zum gegenseitigen Vorteil.
Fotos: Birgit Uebe

Der Königsweg zur Neugestaltung der Stadt-Umland-Verhältnisse liege somit nicht in Eingemeindungen sondern in vertieften Kooperationsbeziehungen, so Scharf. Ähnlich argumentierte auch Bau- und Verkehrsminister Dr. Karl-Heinz Daehre in seiner Rede vor der Mitgliederversammlung. Die Landesregierung habe das heiße Eisen der Stadt-Umland-Probleme zielstrebig angefasst, während die SPD-Oberbürgermeister Trümper und Häußler in Ihrer Regierungsverantwortung trotz Zuständigkeit die Probleme nicht angepackt hät-

ten. Die Landesregierung orientiere sich bei ihrem Zweckverbandsmodell an der erfolgreichen Arbeit im prosperierenden Großraum Frankfurt am Main. Sollte die freiwillige Phase in der Region allerdings scheitern, so sind ab Mitte

2006 ein Zwangsverband und letztlich auch Eingemeindungen möglich. Die Region Magdeburg müsse jedoch gemeinsam auftreten, um in einer künftigen Metropolregion Mitteldeutschland eine wahrnehmbare Stimme zu haben.

Probleme, wie z. B. die unterschiedlichen Hebesätze bei den Gewerbesteuern zwischen Stadt und Umland, müssten gelöst werden. Dazu werde eine Arbeitsgruppe in Kürze ihre Tätigkeit aufnehmen, sagte der Minister.

Kreisvorsitzender Scharf war in seinem Beitrag auch auf die Debatte in den Medien eingegangen. Mit der IHK Halle-Dessau habe ihn die größte Mitgliedsorganisation der freien Wirtschaft in Sachsen-Anhalt ausdrücklich dazu ermuntert, das Zweckverbandsmodell mit Nachdruck zu vertreten, so Scharf. Wer auf einen so bedeutenden Unterstützerkreis bauen könne, wie die Koalitionsfraktionen in der Stadt-Umland-Problematik, der brauche die weitere politische Auseinandersetzung in dieser Frage nicht zu fürchten. Auch die Stadt Magdeburg könne vor diesem Hintergrund leichten Herzens und guten Mutes in ehrliche Verhandlungen mit Umlandgemeinden wie Barleben oder Sülzetal eintreten, so Scharf abschließend.

Thomas Nawrath / Wilfried Köhler

Beschlüsse der Gesamtmitgliederversammlung am 9. April

Antrag des Fachausschusses Stadtentwicklung

Stadt-Umland-Beziehungen Magdeburgs auf neue Basis stellen

1. Die CDU Magdeburg begrüßt die Ziele und Forderungen der "Barleber Erklärung" vom 28.02. Die CDU der Region spricht sich damit in Übereinstimmung mit der Landesregierung für den Vorrang der Freiwilligkeit bei der Neuordnung der kommunalen Ebene in Sachsen-Anhalt aus.

2. Die CDU Magdeburg unterstützt deshalb die Politik der Landesregierung, mit Hilfe von Zweckverbänden die Kräfte in der Region Magdeburg zu bündeln und Zwangseingemeindungen nur als letztes Mittel vorzusehen. Sollte der Zweckverband jedoch wirkungslos bleiben, sind gezielte Eingemeindungen durchzuführen.

3. Die CDU Magdeburg fordert den OB und den Stadtrat auf, die mit der zukunftsweisenden Politik der Landesregierung verbundenen Chancen einer Neuordnung der Stadt-Umland-Beziehungen beherzt zu ergreifen und über die Fortschritte regelmäßig im Stadtrat zu berichten.

4. Die CDU Magdeburg fordert OB Trümper darüber hinaus auf, das Angebot der Gemeinde Sülzetal aufzugreifen und schnellstmöglich eine interkommunale "Arbeitsgruppe Region Magdeburg" zu bilden. Diese Arbeitsgruppe soll die rasche Bildung eines Zweckverbandes vorbereiten, dem neben der gesetzlich vorgesehenen Flächennutzungsplanung auch die Aufgaben der ergänzenden Regelung der Finanzbeziehungen zwischen Magdeburg und seinem Umland sowie der Aufbau einer international wettbewerbsfähigen Wirtschaftsregion Magdeburg zuzuweisen ist.

5. Die Regelung der Finanzbeziehungen muss die dauerhafte und gerechte Finanzierung aller Infrastruktureinrichtungen des Oberzentrums Magdeburgs beinhalten, die eine Leistung der Stadt für die gesamte Region darstellen, z.B. in den Bereichen Kunst und Kultur, Sport, Wissenschaft und ÖPNV.

6. Die CDU Magdeburg fordert die Landesregierung auf, den Prozess hin zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit aktiv zu begleiten

und die freiwilligen Anstrengungen der beteiligten Kommunen z.B. in ihrer Förderpolitik spürbar zu honorieren.

7. Die CDU Magdeburg fordert die Landesregierung darüber hinaus auf alle Anstrengungen zu unternehmen, damit das Oberzentrum Magdeburg in das Netzwerk der geplanten Metropolregion Mitteldeutschland einbezogen wird.

Antrag von Rudolf Evers

Die CDU Magdeburg unterstützt und ermutigt die Landesregierung, in den Fragen der Kreisgebietsreform und der Stadtumlandproblematik einen Konsens mit der SPD zu finden.

CDU Ortsverband Ostelbien

Sachsen-Anhalt-Hymne

Die CDU-Magdeburg empfiehlt der CDU-Landtagsfraktion einen Wettbewerb zur Gestaltung eines Sachsen-Anhalt-Liedes auszuschreiben und durchzuführen. Ziel soll ein gemeinsames Lied sein, das die Regionen Sachsen-Anhalts angemessen und würdig verbindet.

Beschluss: Überweisung an den Fachausschuss Kultur, Erholung, Touristik.

Antrag des Fachausschusses Bildung

Die Gesamtmitgliederversammlung der CDU Magdeburg fordert die Landesregierung auf, den Modellversuch "Berufsorientierung an Schulen für Lernbehinderte" in ein flächendeckendes Angebot zu überführen und damit die Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf ein Berufsleben deutlich zu verbessern.

Antrag des Ortsverbandes Sudenburg/Friedenshöhe

Die CDU-Magdeburg ermuntert die Landesregierung erneut, an ihrem Bestreben festzuhalten und Staatsgäste in der Staatskanzlei im Palais am Fürstenwall zu empfangen. Die CDU Magdeburg wiederholt ihre Empfehlung und schlägt der Landesregierung vor, auch vor dem Hintergrund der Kosten und wiederkehrender Kritik, an ihrer Entscheidung zum Umzug der Staatskanzlei in das Palais am Fürstenwall in der Hegelstraße festzu-

halten und zeitnah zu realisieren.

Antrag des RCDS

Der CDU-Kreisverband Magdeburg spricht sich, unter folgenden Bedingungen, für Studiengebühren aus.

- Die Erhebung der Gebühren erfolgt erst nach dem Ende des Studiums und ist einkommensabhängig, dabei werden soziale Kriterien wie Kinderanzahl oder unterhaltsberechtigten Personen mit berücksichtigt. Im Sinne der Familienförderung wäre die Möglichkeit zu prüfen, für junge Eltern die Rückzahlungsbeträge gemäß Kinderanzahl zu reduzieren.

- Nach Ablauf von 15 Jahren und dem Vorliegen von noch zu bestimmenden sozialen Gründen, kann auf Antrag auf die Zahlung der Studiengebühren verzichtet werden.

- Die Einnahmen aus den Studiengebühren dürfen nur den Hochschulinrichtungen zweckgebunden und zur Verbesserung von Forschung und Lehre zukommen.

- Zwischen dem Kultusministerium und dem Finanzministerium wird eine Vereinbarung getroffen, welche

besagt, dass die durch die Studiengebühren erzielten Mehreinnahmen nicht zu entsprechenden Kürzungen der Landeszuweisungen an die Hochschuleinrichtungen führen.

- Für den Zeitraum der zwischen der erstmaligen Erhebung der Studiengebühren und den ersten Zahlungseingängen dieser liegt, übernimmt die öffentliche Hand (z.B. das Land) die Zwischenfinanzierung.

- Die Höhe der Studiengebühren ist dabei landesweit, möglichst bundesweit, homogen zu regeln.

Der Antrag wurde an den Landesfachausschuss Wissenschaft überwiesen.

CDU Ortsverband Ostelbien

Tourismus fördern

Die CDU-Magdeburg empfiehlt eine Änderung des Landesfischereigesetz nach dem Vorbild Mecklenburg-Vorpommerns und Schleswig-Holsteins. Dabei kann ein befristeter Fischereischein entgeltlich erworben werden.

Der Antrag wurde an die zuständigen Fachausschüsse überwiesen.



... 1 Name 2 Standorte.

Citroen - Vertragshändler und freie Werkstatt für alle Fabrikate

- Karosseriebau und Lackierung für alle Fabrikate
- Unfallinstandsetzung, Gutachter, Unfallersatzwagen
- Autovermietung
- DEKRA für HU täglich im Haus, Abgasuntersuchungen
- Klimaanlage-Check
- Achsvermessung
- Reifendienst

Citroen-Plomitzer 2 mal in Magdeburg:

Silberbergweg 9	Pallasweg 8
39128 Magdeburg	39118 Magdeburg
Tel. 0391 300410	Tel. 0391 610830

- www.autohaus-plomitzer.de -

Sommerprogramm 2005

15. Juni 2005, 15.00 Uhr
Führung durch das Zentrum von Magdeburg, Verantw. Stadtrat Eberhard Seifert, Treffpunkt: An der Dom-Paradiespforte

23. Juni 2005, 20.00 Uhr
Erlebnis des nächtlichen Doms, Verantw. Prädikant Stephen Stehli, Treffpunkt: Eingang vom Domplatz

25. Juni 2005, 10.00 Uhr
Schrotefest in Diesdorf "Wanderung um Diesdorf" Verantw. Stadtrat Bernd Reppin Treffpunkt: P + R Parkplatz, Endstelle Straßenbahnlinie 6

08. Juli 2005, 18.45 Uhr
Sommerserenade in der Kirche St. Stephani, Alt Ottersleben, Verantw. Musikpäd. Andreas Schumann, Treffpunkt: Vor der Kirche St. Stephani

09. Juli 2005, 10.00 Uhr
Botanische Führung durch den Herrenkrug-Park, Verantw. Dipl.-Gärtner Horst Luding, Treffpunkt: Straßenbahndienststelle Herrenkrug

13. Juli 2005, 18.00 Uhr
"Christen im Widerstand gegen Hitler", Verantw. Zeitzeuge Josef Schwenke, Treffpunkt: Beratungsraum der CDU-Landesgeschäftsstelle, Hegelstr.23

20. Juli 2005, 18.00 Uhr
Wanderung entlang des Heimatkundlichen Rundweges durch Ottersleben, Verantw. Wigbert Schwenke, MdL, Treffpunkt: Uhr am Eichplatz

23. Juli 2005, 10.00 Uhr
Radtour auf dem Kulturtouristischen Erlebnispfad um und durch Ottersleben, Verantw. Wigbert Schwenke, MdL, Treffpunkt: Vor Kirche St. Johann der Täufer, Lüttgen Ottersleben

04. August 2005, 18.00 Uhr
Dampferfahrt, siehe Seite 3

25. August 2005, 17.00 Uhr
Führung durch die katholische Kirche St. Agnes, zwischen Morgenstr. und Nachtweide, Verantw.: Frau Bühnemann/Hr. Salzborn, Treffpunkt: Vor dem Kircheneingang

04. Sept. 2005, 10.00 Uhr
Führung durch den Zoo mit Herrn Rolle, Eintrittspreis: 5.00 Euro, Kinder 3,50 Euro, Verantwortliche: Sabine Wölfer, Treffpunkt: Vor dem Zoo-Haupteingang

Magdeburg mit der Wissenschaftslandschaft Mitteldeutschlands vernetzen

Als die SPD zur Januar-Sitzung des sachsen-anhaltischen Landtages über ein Forschungsnetzwerk im mitteldeutschen Raum debattieren wollte, erwähnte sie in ihrem Antragstext den Forschungsstandort Magdeburg nicht mit einem Wort.

Nicht nur die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP, auch der Arbeitskreis Wissenschaft der Magdeburger CDU nahm dies zum Anlass, die Perspektiven der Gesamtregion Mitteldeutschland - und hier insbesondere des Standorts Magdeburg - als Zentren wissenschaftlicher Exzellenz zu erörtern.

CDU-Kreisvorsitzender Jürgen Scharf und Arbeitskreisleiter Carl-Gerhard Winter warben in ihren einleitenden Stellungnahmen dafür, das bedeutende Gewicht des Magdeburger Forschungspotenzials angemessen in die wissenschaftspolitischen Entscheidungsprozesse einzubringen. Ziel müsse es sein, die Vielfalt und strukturelle Ausgewogenheit, die Sachsen-Anhalt und den gesamten mitteldeutschen Raum kennzeichneten, zu erhalten und zu stärken. Zur Etablierung leistungsstarker Forschungsnetzwerke in der Gesamtregion müssten zudem die bestmöglichen politischen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Dass die Landesregierung an diesen günstigen Rahmenbedingungen mit Nachdruck arbeitet, daran ließ der Kultusminister keinen Zweifel. An der Strategie einer klaren Profilbildung für die einzelnen Standorte werde man dabei ebenso festhalten wie an der Konzentration der Forschungsförderung auf Exzellenzzentren (mit ca. 80 % der Gesamtmittel). Zur Bedeutung von Forschungskoperationen hob der Minister die Neurowissenschaften in Magdeburg als Beispiel eines bereits heute sehr erfolgreich agierenden Netzwerkes hervor.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung ergriffen die Repräsentanten wichtiger Magdeburger Forschungseinrichtungen das Wort: Prof. Dr.-Ing. Klaus Hoppe (Ingenieurkammer Sachsen-Anhalt), Prof. Dr. med. Dieter Krause (Otto-von-Guericke-Universität), Dr. Gerhard Müller (Fraun-



Ausschusskoordinator Dr. Carl-Gerhard-Winter und CDU-Kreisvorsitzender Jürgen Scharf konnten zu dieser facettenreichen Thematik am Abend des 3. Mai 2005 zahlreiche der bedeutendsten Vertreter der Magdeburger Wissenschaft sowie Kultusminister Olbertz und Oberbürgermeister Trümper im Landtag begrüßen.

hofer-Institut für Fabrikbetrieb und Automatisierung), Prof. Dr. Henning Scheich (Leibniz-Institut für Neurobiologie), Prof. Dr.-Ing. Andreas Seidel-Morgenstern (Max-Planck-Institut für Dynamik komplexer technischer Systeme) und Prof. Dr. Petra Weber-Kurth (Hochschule Magdeburg).

Die Wissenschaftler zeigten sich darin einig, dass kooperierende Wissenschaftseinrichtungen in Mitteldeutschland zwar politische Unterstützung verdienen, nicht jedoch im Sinne exklusiver Privilegien, wie es das von der SPD-Landtagsfraktion geforderte "Wissenschaftsdreieck Halle-Leipzig-Jena" nahe lege. Mehrere Redner verwiesen auf die begrenzte politische Steuerungsfähigkeit erfolgreicher Netzwerke. Primär gelte es, vorhandene oder künftige Bestrebungen mitteldeutscher Wissenschaftler für Kooperationen in der Region zu unterstützen. Von oben verordnete Kooperationen bestimmter Akteure agierten demgegenüber weder erfolgreich, noch seien diese Kooperationen auf Dauer belastbar. Diese Sicht wurde auch von dem hochschulpolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Marco Tullner, unterstützt, der sich auch aus hallescher Sicht gegen eine zu kleinräumige wissenschaftspolitische Perspektive aussprach.

Der Forschungsstandort Magdeburg steht in einem intensiven Wettbewerb um öffentliche Fördermittel. Sind vor diesem Hintergrund Koope-

rationen im mitteldeutschen Raum überhaupt sinnvoll? Oder schwächen sie das Gewicht Magdeburgs, zumal die traditionellen Kooperationspartner z.B. im Bereich der Neurowissenschaften eher auf der Achse Hannover-Berlin liegen? Eva Wybrands konnte diese Bedenken aus der Sicht der europapolitischen Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion mit guten Argumenten zerstreuen. Das Umsteuern der EU-Förderpolitik vom Agrarzentrismus hin zu einer verstärkten Konzentration auf die wissenschaftsbasierte Wirtschaft und die Bildung der Metropolregion Mitteldeutschland eröffneten der mitteldeutschen Wissenschaftslandschaft neue Perspektiven, wenn sie sich auch als solche verstehe und auf der europäischen Bühne engagiere. Wenn ein Wissenschaftsraum in Mitteldeutschland etabliert werden soll, so ist dies mindestens das Polygon über Dresden, Chemnitz, Jena, Erfurt, Leipzig, Halle, Dessau, Magdeburg; es ist genau die Metropolregion Mitteldeutschland.

Am Ende einer gut eineinhalbstündigen interessanten Diskussion stand fest: Der Arbeitskreis Wissenschaft hat erneut einen wichtigen Beitrag für einen gemeinsamen wissenschaftspolitischen Kurs in Magdeburg leisten können.

*Dr. Carl-Gerhard Winter,
Sprecher des AK Wissenschaft
Jürgen Scharf
CDU-Kreisvorsitzender*

EU-Projekt für Zukunft des Landes - Erfolgreiche Zwischenbilanz

Allianz von Arbeitsagentur, Bildungsträgern und Unternehmen bietet Alternative zur permanenten Abwanderung der Leistungsträger von morgen



Win-Win-Situation für Unternehmer und leistungsbereite jobsuchende Landeskinder: CONNEX-Geschäftsführer Detlef Bischoff (230 Beschäftigte) dankt Eva Wybrands, MdL, für ihre Initiative. Sie habe dem EU-Projekt „GAjL“ 2003 den Weg geebnet. Jeannette Reifarth aus Weißenfels verstärkt seit Mitte Dezember 2003 die Hauptgeschäftsstelle der CONNEX-Steuer- und Wirtschaftsberatungsgesellschaft in Halle. Mit GAjL-plus ging das Projekt in die Regelfinanzierung des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit über und heute ist es eines der erfolgreichsten Landesprojekte gegen die Abwanderung junger Landeskinder! Foto: Roland Stauf

Zwischenbilanz beim Projekt "GAjL - gegen die Abwanderung junger Landeskinder": bisher konnten mehr als 2200 jungen Menschen im Land gehalten werden. Im November 2003 wurde

das Pilotprojekt mit EU-Unterstützung auf maßgebliche Initiative der Magdeburger Landtagsabgeordneten Eva Wybrands ins Leben gerufen. Damals wurde das ambitionierte Vorhaben von

vielen belächelt - doch der sichtbare Erfolg macht Mut, auf diesem Weg weiterzugehen.

Denn noch immer verlassen jeden Monat Hunderte Sachsen-Anhalter das Land. Wie wissenschaftliche Studien zeigen, sind es besonders die jungen Frauen und Männer unter 30 Jahren, die Sachsen-Anhalt den Rücken kehren. Sie suchen Ausbildungs-, Studien- und Arbeitsplätze. Und die meisten gehen dauerhaft. "Es geht um die Leistungsträger von morgen. Wenn die Abwanderung so weiter geht, dann bluten wir hier aus", beschreibt Eva Wybrands das Problem. Und sie gibt sich kämpferisch: "Das können wir doch nicht tatenlos hinnehmen! Denn ein Deutschland in Europa braucht starke Länder, keine strukturschwachen Regionen. Gut, dass wir die europäischen Strukturfonds hier sinnvoll nutzen können."

Im April 2004 wurde die Modellphase beendet und das erfolgreiche GAjL-Projekt landesweit durchgeführt, so die europapolitische Sprecherin der CDU-Fraktion. Ziel ist die Eingliederung arbeitsloser Jugendlicher und junger Menschen im ersten

Arbeitsmarkt bei uns in Sachsen-Anhalt. "Mittlerweile ist GAjL-plus aus dem Projektinstrumentarium für anspruchsvolle Jobs und Zukunftsperspektiven junger Leute im Land nicht mehr wegzudenken", ergänzt Eva Wybrands.

Das ist das Prinzip:

Firmenchefs benennen ihren Personalbedarf, die zuständige Arbeitsagentur sucht gemeinsam mit Bildungsträgern geeignete Bewerber. Die Unternehmer schließen mit dem Bewerber ihrer Wahl einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Im Rahmen des Projektes werden die künftigen Mitarbeiter individuell auf ihren Arbeitsplatz vorbereitet. Diese Anpassungsqualifizierung ist in zwei Formen möglich: Durch einen Bildungsträger, der Projektpartner ist und durch eigene Mitarbeiter, die direkt am Arbeitsplatz als Mentoren zur Verfügung stehen. Bis zu 300 Stunden Coaching im Betrieb werden den gültigen Sätzen entsprechend vergütet. Möglich ist zudem die Zahlung von Lohnkostenzuschüssen an die Unternehmen.

Andrea Wegner /
Thomas Nawrath

CDU-Frauen verlangen familienfreundliche Gesellschaft

Die Frauen-Union Sachsen-Anhalt macht sich stark für ein kinderfreundliches Sachsen-Anhalt: "Ziel ist es, dass Kinder in unserem Land nicht mehr als Armutsrisiko sondern als gesellschaftlicher Reichtum begriffen werden. Daher muss es uns gelingen, ein familien- und kinderfreundliches Klima in allen Bereichen unserer Gesellschaft zu etablieren. Nur dann werden wir die Geburtenrate erhöhen können", betont die Landesvorsitzende der Frauen-Union, Eva Wybrands. Als zielführende Maßnahmen nennt sie dabei die besondere Förderung familienfreundlicher Unternehmen, eine Aufwertung des Ehrenamtes sowie die Überprüfung aller Gesetze unter dem Aspekt der Genera-

tionengerechtigkeit. Die familienpolitischen Initiativen der Landesregierung sowie die jüngsten Erfolge bei Unternehmensansiedlungen in Sachsen-Anhalt bezeichnete Wybrands als "erste Schritte in die richtige Richtung".

Eva Wybrands, die seit 1998 an der Spitze der Frauen-Union steht, wurde von den 32 Delegierten einstimmig im Amt bestätigt. Als Stellvertreterinnen wurden Eva Feußner aus Eckartsberga, Gudrun Lasner aus Wolmirstedt und Monika Liwowski aus Tangermünde gewählt.

Der CDU-Landesvorsitzende Thomas Weibel unterstrich in seinem Grußwort die wichtige Rolle der Frauen-Union innerhalb der CDU: "Mit ihren 23 Kreisverbänden ist die



Der neu gewählte Vorstand der CDU-Frauen-Union in Sachsen-Anhalt. Alte und neue Landesvorsitzende ist Eva Wybrands, MdL, zweite von links.

Frauen-Union die landesweit stärkste Interessenvertretung der Frauen, deren Einfluss sich längst nicht mehr nur auf Fragen der Frauen- und Familienpolitik oder zur Gleichstellung beschränkt." Darüber hin-

aus würdigte Weibel das Engagement der Frauen-Union im Rahmen der Initiative GAjL, mit der 2.200 jungen Frauen eine berufliche Perspektive in Sachsen-Anhalt eröffnet werden konnte.

Ministerpräsident Böhmer zu Gast bei der CDU-Ratsfraktion

Am 23. Mai konnte Ministerpräsident Wolfgang Böhmer als Gast einer Sitzung der CDU-Ratsfraktion begrüßt werden. Neben den Stadträten waren auch alle CDU-Landtagsabgeordneten aus Magdeburg anwesend.

In seinen einleitenden Worten dankte Fraktionsvorsitzender Reinhard Stern für die Bereitschaft des Ministerpräsidenten, sich den Fragen und Anregungen der Magdeburger Kommunalpolitiker zu stellen. Er betonte weiterhin, dass die CDU-Vertreter im Stadtrat grundsätzlich hinter den Entscheidungen der CDU-geführten Landesregierung stehen. Beispielhaft sei nur die Unterstützung für den Umzug der Staatskanzlei in das Palais am Fürstenwall oder die Errichtung eines Justizzentrums im Gebäude der Hauptpost am Breiten Weg genannt.

In einem ersten Fragenkomplex wurde die Thematik des Kommunalneugliederungsgrundsatzgesetzes behandelt. Dabei wurden insbesondere Fragen zur Neustrukturierung der kommunalen Finanzströme im Land Sachsen-Anhalt gestellt. Dazu erklärte Prof. Böhmer, dass Zwangseingemeindungen auf verfassungs-



rechtlich sicherem Boden stehen müssen. Die dadurch gesetzten Hürden sind nur schwer zu überwinden. Eine bessere Lösung ist aus seiner Sicht eine interkommunale Zusammenarbeit im Rahmen der auch im Gesetz verankerten Zweckverbände.

Der Fraktionsvorsitzende erläuterte, dass die CDU-Ratsfraktion bereits diverse Vorschläge dem Oberbürgermeister unterbreitet hat. Unter anderem sollen Fragen der Wirtschaftsförderung, der Finanzierung und Betreibung von Kultureinrichtungen, der Abwasserbehandlung, der Schulplanung sowie möglicherweise die Realisierung bestimmter Infrastrukturprojekte so geklärt werden.

Im Folgenden wurden die Probleme im Zusammenhang mit einem Hauptstadtvertrag diskutiert.

Nach Auffassung des Ministerpräsidenten hat die Stadt Magdeburg als Sitz der obersten Landesbehörden und des Landtages bereits erheblich von ihrem Status als Landeshauptstadt profitiert.

Im Rahmen der geänderten Förderrichtlinien der EU wurde auch das Thema der Metropolregionen angesprochen. Hier ist es für Magdeburg von entscheidender Bedeutung einer solchen anzugehören, um auch zukünftig von entsprechenden EU-Geldern profitieren zu können. Die von Eva-Maria Wybrands, MdL, angesprochene Unterstützung der Wissen-

schaftslandschaft Magdeburg wurde intensiv diskutiert. Deutlich wurde, dass eine zwangsverordnete Kooperation zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen wenig Sinn macht, eine wissenschaftliche Netzwerkbildung muss von den Wissenschaftlern selber ausgehen.

Weitere Diskussionen behandelten die mögliche Neugestaltung des Bestattungsrechts in Sachsen-Anhalt, die Nutzung der vorhandenen wasserverkehrslichen Infrastruktur sowie die weitere Entwicklung des Verkehrslandesplatzes Magdeburg. Natürlich wurden auch die aktuellen politischen Entwicklungen auf Bundesebene diskutiert. Der Ministerpräsident berichtete dazu aus der Präsidiumssitzung, die am Vormittag desselben Tages stattgefunden hat. Er betonte die Wichtigkeit, dass die Union geschlossen in den anstehenden Wahlkampf geht.

Alle Anwesenden empfanden die Diskussion als sinnvoll und hilfreich für ihre politische Arbeit. Die Ratsfraktion wird auch in Zukunft den Kontakt und die Zusammenarbeit mit den Vertretern der Landesregierung suchen.

Tobias Krull

Nitsche: "Jetzt muß ein Ruck durch Deutschland gehen!"

Der für die SPD niederschmetternde Wahlausgang in Nordrhein-Westfalen hat ein politisches Beben in Deutschland verursacht. Noch nie hat ein Bundeskanzler auf eine Wahlniederlage so schnell bekennen müssen: Ich bin am Ende. Noch nie hat eine Bundesregierung ihr Scheitern so offen eingestehen müssen. Hoffentlich ist Schröder wenigstens in der Lage, dem Schrecken ein Ende zu bereiten und Neuwahlen auf verfassungskonforme Weise herbeizuführen. Alt-Bundespräsident Roman Herzog hatte vor Jahren in seiner ersten Berliner Rede ausgerufen: Es muss ein Ruck durch Deutschland gehen. Er meinte damit: Die Deutschen müssen erfasst sein vom Willen zu drin-

gend notwendigen Veränderungen in Staat und Gesellschaft. Die Wählerinnen und Wähler in Nordrhein-Westfalen haben den Anfang gemacht. Sie haben ihre verkrustete rot-grüne Landesregierung in die Wüste geschickt und damit das Ende der rot-grünen Bundesregierung eingeleitet. Wir spüren es: Die Deutschen wollen den Wechsel in Berlin, denn dies ist die Voraussetzung für Veränderungen und Reformen.

Der Anfang für Angela Merkel und eine unionsgeführte Bundesregierung wird schwer sein. Die von Rot-Grün bewirkten Fehlentwicklungen in allen zentralen politischen Bereichen müssen zuerst einmal gestoppt werden. Echte Wirtschaftspolitik auf der

Grundlage einer neuen Sozialen Marktwirtschaft muss schnell die verkorkste Arbeitsmarktpolitik ablösen und die unerträglich hohe Arbeitslosigkeit beseitigen. Die notwendigen Reformen der sozialen Sicherungssysteme können nur auf der Grundlage einer starken Wirtschaft und aus echter sozialer Verantwortung heraus geschafft werden. Außenpolitik darf sich nicht auf das Streben nach einem Sitz im UN-Sicherheitsrat beschränken, sondern muss Deutschland wieder zu einem anerkannten und ernstgenommenen Partner im Konzert der Nationen machen. Auch in der Europapolitik, in der Sicherheitspolitik, bei der Energiewirtschaft, ja in allen Politikbereichen ist das Scheitern offenkundig.

Jetzt muss ein Ruck durch Deutschland gehen!

Dabei will ich mitwirken, über mein bisheriges politisches und berufliches Wirken hinaus. Meine Erfahrungen in der Kommunal- und Landespolitik will ich dabei ebenso einbringen wie die beruflichen Kenntnisse aus Landesverwaltung und der Inneren Sicherheit.

Deshalb will ich mich bei den Mitgliedern des CDU-Kreisverbandes um die Kandidatur zum Bundestag für den Wahlkreis Magdeburg bewerben. In jedem Falle aber gilt für mich: Die Chancen für einen Wechsel in Berlin sind so günstig wie lange nicht. Wir müssen diese Chance tatkräftig nutzen!

Rainer Nitsche

Gemeinsame Anstrengungen von CDU-Ortsverband und CDU-Ratsfraktion zeigen Erfolge bei Verkehrsfragen

Wie ein fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den CDU-Mitgliedern vor Ort und den CDU-Vertretern im Magdeburger Stadtrat aussehen kann, zeigt sich beispielhaft an der Verkehrsproblematik im Stadtteil Hopfengarten.

Bereits seit längerem beschäftigt sich der CDU-Ortsverband Schilfbreite / Hopfengarten / Reform / Insel mit Fragen zur Verkehrsentwicklung im Süden der Landeshauptstadt.

Natürlich spielten diese Probleme auch bei der öffentlichen Fraktionssitzung in der Lindenhofschule im Dezember letzten Jahres eine bedeutende Rolle. Als eines der Ergebnisse dieser Beratung wurde durch die CDU-Ratsfraktion ein Antrag zur Errichtung einer Ampel im Bereich der Straßen "Am Hopfengarten/Leipziger Chaussee" gestellt. Gemäß Stellungnahme der Verwaltung soll diese Ampel im Jahre 2006 errichtet werden und damit sowohl die Sicherheit von Fußgängern, insbesondere für Kinder und Ältere, als auch den Verkehrsfluss aus der Straße "Am Hopfengarten" verbessern. Gerade in letzter Zeit wurde sehr häufig auch in der breiteren Öffentlichkeit über die Verkehrssituation im Bereich der Karl-Marx-Siedlung und der angrenzenden



Im Bild von links: Michael Otto, Kerstin Koch, Gunter Schindehütte, Michael Horn und Sabine Wölfer setzen sich für die Verbesserung der Verkehrssituation im Süden der Stadt ein. Als ein Ergebnis dieser Beratung wurde durch die CDU-Ratsfraktion ein Antrag zur Errichtung einer Ampel im Bereich der Straßen "Am Hopfengarten/Leipziger Chaussee" gestellt. Diese soll nun im Jahre 2006 errichtet werden. Ein Beispiel für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen CDU-Ortsverband und CDU-Ratsfraktion.

Foto: Tobias Krull

Stadtgebiete diskutiert. So traten auch Bürgerinnen und Bürger mit entsprechenden Anfragen an den CDU-Ortsverband heran. In mehreren Ortsverbandssitzungen, bei denen auch Experten ihre Sicht der Dinge darstellen konnten, wurde das Thema intensiv diskutiert.

Eine Rolle spielte die Parksituation im Bereich des Heinz-Sommer-Weges, der häufig durch die

Schüler einer in der Nähe liegenden Berufsschule sowie Besucher einer Gaststätte zugewandt wird. Hier versprach der CDU-Landtagsabgeordnete Dieter Steinecke sich des Problems persönlich anzunehmen. Erste Schritte zur Lösung sind bereits in die Wege geleitet worden.

Weiter wurden der unzureichende Zustand der Straße "Am Lindenplan" thematisiert. Durch den

stellvertretenden Ortsverbandsvorsitzenden und Stadtrat Gunter Schindehütte wurde ein entsprechender Antrag in einer Stadtratsitzung gestellt, der nun nach erfolgter Stellungnahme der Verwaltung in den zuständigen Ausschüssen beraten wird.

Der gesamte Ortsverband war sich einig, dass die existierende Problemlage im Komplex zu betrachten und mittel- bzw. langfristig zu lösen ist.

Deshalb hat Stadtrat Frank Schuster im Stadtrat einen Antrag zur Neu- bzw. Überplanung der Verkehrssituation im Stadtteil Hopfengarten unter Einbeziehung der Verkehrsströme aus den angrenzenden Bereichen gestellt.

An diesem Beispiel zeigt sich wieder einmal deutlich, dass die Arbeit der CDU-Ortsverbände im Zusammenwirken mit der CDU-Ratsfraktion ein echter Beitrag zur Lösung von Bürgeranliegen ist und damit zu einer positiven Außenwirkung der Partei insgesamt beiträgt. Wenn die bisherige Zusammenarbeit zwischen Partei und Fraktion weiterhin so gut funktioniert und punktuell verbessert wird, sind zukünftige Wahlerfolge in greifbarer Nähe.

Sabine Wölfer

CDU-Ortsverbandsvorsitzende

Gedenken zum 60sten Jahrestag des Kriegsendes

Mit ungezählten Veranstaltungen weltweit wurde den Opfern des 2. Weltkrieges gedacht. Neben ca. 60 Millionen Toten sind ungezählte Verletzte, die häufig ihr Leben lang an den Folgen gelitten haben bzw. leiden, die Zerstörung ganzer Landstriche sowie die Vertreibung verschiedener Volksgruppen aus ihren angestammten Siedlungsgebieten zu beklagen.

Auch in Magdeburg wurde den Opfern traditionell auf dem russischen Ehrenfriedhof im Nordpark gedacht. Der Ehrenfriedhof im Nordpark wurde erst vor kurzem durch den zuständigen städtischen Eigenbetrieb Stadtgarten und Friedhöfe mit Unterstützung der russischen

Botschaft und des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge neu gestaltet bzw. saniert.

Neben dem Oberbürgermeister Lutz Trümper hielt auch der CDU-Landtagsabgeordnete und Landesvorsitzende des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge Dieter Steinecke einige Worte des Gedenkens.

Millionen Opfer des 2. Weltkrieges bleiben auch 60 Jahre nach dem Ende der Nazi-Diktatur Mahnung und Verpflichtung für alle Demokraten, dass die Verbrechen nicht verharmlost werden und Extremisten in Deutschland nie wieder politische Macht ausüben dürfen.

Tobias Krull
CDU-Kreisvorstandsmitglied



Fraktionschef Reinhard Stern und Kreisvorsitzender Jürgen Scharf, MdL, gemeinsam mit vielen anderen Vertretern des öffentlichen Lebens im stillen Gedenken auf dem Nordfriedhof. Foto: Tobias Krull

Der Kaiser-Otto-Preis und der lange Atem der CDU

Mit Datum vom 25.06.1996 wurde der Oberbürgermeister in einem Antrag der CDU-Ratsfraktion aufgefordert, eine Satzung über die Verleihung des Ottonen-Preises der Landeshauptstadt zu erarbeiten und dem Stadtrat vorzulegen. Dieser Preis sollte nach Vorstellungen der CDU im Stadtrat erstmalig im Jahr 2001 anlässlich der Ottonen-Ausstellung und dann alle 3 - 5 Jahre für hervorragende Verdienste bei der Einigung Deutschlands und Europas an Politiker, Wissenschaftler, Künstler und andere Einzelpersonen verliehen werden. Es begann eine lange Odyssee dieses Antrages.

Schon in der Stadtratssitzung 1996 gab es enormen Widerstand seitens der SPD und der PDS.

Im Juni 1997 fragte Stadtrat Eberhard Seifert den Oberbürgermeister, wann denn der Antrag wieder in den

Rat kommt, nachdem er lange durch die Verwaltung "bearbeitet" wurde. Auf einer Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 24. Januar 1997 wurde der Antrag behandelt und beschlossen, eine Satzung zur Verleihung erarbeiten zu lassen.

In der Stadtratssitzung vom 13.01.2000 wurde im Rat eine Information der Verwaltung eingebracht und der Antrag der CDU nochmals abgestimmt und mit 21 JA- und 24 Neinstimmen abgelehnt. Mit Datum vom 18.01.2001 brachte die CDU-Ratsfraktion einen neuen Antrag ein mit dem Wortlaut: "Magdeburg wird einen Kaiser-Otto-Preis stiften".

Der Preis sollte anlässlich der Ottonen-Ausstellung 2001 erstmalig an Einzelpersonen, die für hervorragende Verdienste bei der Einigung Deutschlands oder Europas als Politiker, Wissenschaftler oder Künstler

haben, verliehen werden.

Wieder gab es im Stadtrat im März 2001 enormen Widerstand mit dem Verweis auf die Haushaltsituation. Stadträte der PDS- und der SPD wandten sich wiederholt gegen den Antrag. In einer Stellungnahme der Verwaltung einen Monat vorher gab es ein Zeichen des Einlenkens.

In mehreren Pressemitteilungen warben Mitglieder der CDU nochmals für unseren Antrag.

Im Dezember 2001 gab es eine Veröffentlichung der Pressestelle des Oberbürgermeisters mit der Verlautbarung: Magdeburg strebt Gründung einer Kulturstiftung "Kaiser Otto" an. In der Pressemitteilung wurde seitens der Verwaltung der Stadt das Thema eines Kaiser-Otto-Preises aufgegriffen. Plötzlich erkannte man nach dem riesigen Erfolg der Ausstellung "Otto der Große, Magde-

burg und Europa" in Magdeburg die von der CDU-Ratsfraktion jahrelang dargestellten Möglichkeiten für Magdeburg.

In einer Anfrage an den Stadtrat im April 2002 hat die CDU nochmals versucht, Bewegung in das Thema zu bringen. Ein Kuratorium wurde gegründet, eine Satzung erarbeitet und nun endlich ein Termin für die erste Preisverleihung festgelegt.

Als am 7. Mai 2005 mit Dr. Richard von Weizsäcker der erste würdige Preisträger den Kaiser-Otto-Preis erhielt, überschlugen sich fast alle Redner beim Glückwunsch an die Stadt für diese tolle Idee.

Wahrlich guten Ideen und Anträge brauchen manchmal einen langen Atem. Die CDU im Stadtrat hat nicht nur an dieser Stelle Durchhaltevermögen bewiesen.

*Reinhard Stern
Fraktionsvorsitzender*

Magdeburg hat seine Sternbrücke zurück

Am 1. Mai war es endlich soweit. Nach rund 2 ½ Jahren Bauzeit und Baukosten von rund 18 Millionen Euro nahmen mehrere Zehntausend Magdeburger Bürger und deren Gäste an der feierlichen Eröffnung der Sternbrücke teil.

Mit einer Länge von rund 240 Meter überbrückt sie die Elbe und ermöglicht damit eine sehr kurze Verbindung zwischen dem Stadtpark und dem südlichen Stadtzentrum. Der Nutzerkreis ist dabei auf Fußgänger, Radfahrer, Busse und Taxis beschränkt. Diese Maßnahme soll zum einen dem Schutz des Erholungscharakters des Stadtparks Rothehorn dienen und ist zum anderen der mit der Vergabe von Fördergeldern gemachten Auflagen geschuldet.

In den Reden zahlreicher Honoratioren, z.B. von Bauminister Dr. Karl-Heinz Daehre, wurde allen Beteiligten der Dank für die gute Zusammenarbeit ausgesprochen. Auch konnte der offizielle Startschuss für die Aktion "Mein Stern für Magdeburg" des Magdeburger Club e.V. gegeben werden. Durch das Anbringen von Edelstahlsterne an den geborgenen Widerlagern der kriegszerstörten Sternbrücke oder die individuelle



Bauminister Karl-Heinz Daehre und OB Trümper gaben am 1. Mai die neue alte Sternbrücke vor Tausenden begeisterter Magdeburger für den Verkehr frei. Die CDU in Land und Stadt stand stets hinter diesem Herzensprojekt der Elbestädter.
Fotos: Tobias Krull, Birgit Uebe

Gestaltung von Bodenplatten hat jedermann die Gelegenheit, seine Verbundenheit mit Magdeburg zu zeigen. Die Einnahmen aus dem Verkauf der Sterne und Platten kommen, abzüglich der Arbeits- und Materialaufwendungen, gemeinnützigen Zwecken zu Gute.

Der Magdeburger Club besteht zur Zeit aus 10 Mitgliedern und will über Parteigrenzen hinweg etwas für diese Stadt bewegen. Weitere Projekte sind bereits in Vorbereitung.

Sofort nach dem Durchschneiden des obligatorischen Bandes nah-

men die Magdeburgerinnen und Magdeburger ihre Sternbrücke in Besitz. Das Volksfest beidseitig der neuen Elbquerung lud zum Verweilen und Feiern ein und diese Gelegenheit wurde zahlreich genutzt.

Mit der Wiederrichtung der Sternbrücke wurde auch ein Stück Magdeburger Identität hergestellt.

Unabhängig davon muss im Süden der Stadt Magdeburg eine weitere Elbquerung für den Individualverkehr geschaffen werden, um den zukünftigen Verkehrsströmen gewachsen zu sein.

Renate Röhr



Magdeburger Firmen sondieren Markt in der Ukraine - Beste Chancen für Anlagenbauer und Energieversorger

Auf Einladung des Landtagsabgeordneten Dieter Steinecke (CDU) besuchte dieser Tage der Leiter der Handels- und Wirtschaftsmission der Ukraine, Botschaftsrat Oleh Mirus, mehrere Magdeburger Unternehmen und sprach über Möglichkeiten der Zusammenarbeit und die Marktchancen im Land der "orangenen Revolution".

"Die Gespräche mit Botschaftsrat Mirus sind sehr konstruktiv verlaufen und haben zahlreiche Möglichkeiten für unsere Firmen aufgezeigt. So besteht auf ukrainischer Seite großes Interesse an Förderanlagen von FAM für den Stein- und Braunkohlenbergbau sowie für die Binnen- und Seehäfen", sagte Dieter Steinecke, der den CDU-Landesfachausschuss Wirtschaft leitet. Auf diesem Gebiet verfügt der Magdeburger Anlagenbauer über hervorragende Referenzen - so hat FAM vor Kurzem den weltgrößten Schiffs-Entlader für Steinkohle im Hafen von Rotterdam errichtet. So etwas wäre auch für Odessa und die anderen ukrainischen Häfen von größtem Interesse.

Botschaftsrat Mirus bekräftigte das Interesse seines Landes an einer engen Zusammenarbeit in den Bereichen Landwirtschaft, Nahrungsmittelverarbeitung, im Energiesektor und Anlagenbau. "Wir dürfen nicht vergessen, dass das Land mit fast 50 Millionen Einwohnern einer der größten Staaten Europas ist. Und bei einem Wirtschaftswachstum von gegenwärtig etwa 7 Prozent bietet die ukrainische Wirtschaft nahezu in jeder Branche beste Möglichkeiten", ergänzte Steinecke. "Als erfolgreicher Vermittler hat sich dabei das Deutsch-Ukrainische Forum bewährt, dessen Arbeitskreis Ostdeutschland ich leite."

Botschaftsrat Mirus bestätigte bei seinem Besuch, dass auch für unsere Energieversorger sehr gute Chancen bestehen. So könnte er sich vorstellen, dass die Magdeburger GETEC AG in der Ukraine moderne Heizkraftwerke für Braunkohlenstaub errichtet. Auf diesem Gebiet hat die GETEC mit zahlrei-



Dieter Steinecke, MdL, knüpft Kontakte zwischen dem Ukrainischen Botschaftsrat Mirus und Vertretern der Magdeburger Wirtschaft. Foto: B. Uebe

chen Patenten eine völlig neue Technologie entwickelt, die beispielsweise seit 2004 beim Autobauer MAN in Nürnberg im Einsatz ist. Die Ukraine könnte auf diese Weise ihre Abhängigkeit vom russischen Öl und Gas verringern und dennoch modernste Heiztechnik nutzen. Zudem zeigten die Ukrainer großes Interesse an einer Übernahme und Modernisierung zahlreicher kommunaler Heizwerke durch die GETEC oder andere Partner im so genannten Contracting-Verfahren. Die Umrüstung würde dabei von den Unternehmen auf eigene Kosten durchgeführt, während die Kommunen künftig nur noch für den Strom und die Heizwärme bezahlen müssen.

Gerade auf dem Lande gibt es eine ganz andere Herausforderung: In den großen landwirtschaftlichen Betrieben fallen große Mengen an Mist und Gülle an, andererseits müssen Strom und Heizwärme teuer eingekauft werden. "Das wäre der ideale Einsatzort für Biogasanlagen, wie sie mehrere Mittelständler unserer Region künftig gemeinsam mit der GETEC herstellen und vermarkten wollen", schlug Steinecke vor. Aber auch modernste Holzheizungen und andere Nutzungen der so genannten Biomasse haben eine große Zukunft in der Ukraine, um eine preiswerte und dezentrale Energieversorgung des ländlichen Raumes sicherzustellen. Die weltweit steigenden Öl- und Gaspreise haben auch in Osteuro-

cen, zumal das Unternehmen bereits mehrere Ölmühlen in die Ukraine geliefert hat und sich auf dem Markt auskennt. Beim Besuch im Bio-Ölwerk Magdeburg - welches gegenwärtig seine Kapazität um etwa 50 Prozent erweitert - zeigte sich Botschaftsrat Mirus bestens informiert. Dabei bestätigte er, dass der ukrainische Staat eine Ausweitung des Rapsanbaus voran treiben will und gern mit deutschen Partnern in der Landwirtschaft wie auch bei der Weiterverarbeitung zusammen arbeiten will.

Beide Seiten sehen in dem ganztägigen Besuch von Botschaftsrat Mirus den Auftakt für eine vielversprechende Zusammenarbeit auf mehreren Gebieten. "In Vorbereitung ist dazu der Besuch von ukrainischen Kommunalpolitikern und Wirtschaftsvertretern bei unseren Firmen, um konkrete Angebote zu besprechen", ergänzte Steinecke.

Thomas Nawrath

TECHNIKHAUSGÜNDEL

seit Januar 2005 in der
Johannes-Göderitz-Str. 98





Elektroinstallation
Antennenanlagen
Rundfunk + TV Werkstatt
Haus- und Küchentechnik
Wechselsprech-
Ruf- und Signalanlagen
Einbruchsmeldetechnik

Johannes-Göderitz-Str. 98 Tel. 0391 7224305
 39130 Magdeburg Fax 0391 7224309
 E-Mail: info@technikhaus-guendel.de

Junge Union macht sich für Theaterjugendclub stark: Es muss eine Ersatzspielstätte gefunden werden!

Mit der Schließung der Theater-spielstätte am Jerichower Platz droht dem "theater für junge zuschauer" sowie dem "theaterpädagogischen zentrum" das Aus. Beide bilden eine unschätzbare und nicht wegzudenkende erfolgreiche Einheit in der Magdeburger Kulturlandschaft und darüber hinaus, wie der Theaterjugendclub, der größte und einer der erfolgreichsten Deutschlands, beweist.

Mit über 150 ehrenamtlichen Jugendlichen und einer Theatergruppe mit Menschen mit Behinderungen erbringt dieser feste Bestandteil der Magdeburger Kulturszene eine ungeheuer integrative Leistung junger Menschen. Nicht zu vergessen ist der allgemein bildende Aspekt, welcher die Stärkung der sozialen Kompetenz mit sich führt - für Akteure und Publikum!

Tobias Krull der Kreisvorsitzende der JU ergänzt: "Diesen engagierten Jugendlichen ist eine dauerhafte Lösung für die derzeit bestehen-

den Probleme aufzuzeigen. Gerade in Zeiten knapper Kassen ist es von größter Bedeutung, erfolgreich bestehende Institutionen zu erhalten. Die Zuschauerzahlen beweisen es, das Publikum verlangt nach einem solchen kulturellen Angebot. Hier sind auch die Umlandkreise der Landeshauptstadt gefragt. Das Instrument eines Zweckverbandes zur Regelung der Stadt-Umland-Beziehungen sollte am Beispiel des "theater für junge zuschauer" und dem "theaterpädagogischen zentrum" seine Wirksamkeit beweisen." Eine Aufspaltung in verschiedene Spielstätten ist nur eine Notlösung. Ein weiterer Nachteil dieser Planung des Oberbürgermeisters wäre ein Mangel an Proberäumen.

Es muss eine ganzheitliche Lösung gefunden werden, um diese hervorragende kulturelle Einheit zu erhalten.

Maximilian Schmidt

JU-Pressesprecher

*Mitglied im Landesfachausschuss
für Kultur und Medien*

Unterstützung für Jugendclub



Dieter Steinecke, MdL, übergab in Zusammenarbeit mit der JU eine dringend benötigte Sachspende an die Jugendeinrichtung "Schlecki" in der Berthold-Brecht-Str. Der Club, in freier Trägerschaft, hat Anfang diesen Jahres seine Einweihung gefeiert. Das Gebäude wurde früher als SERO-Stelle genutzt und war nach der Wende ein Verkaufsstandort. Durch das Engagement des freien Trägers und seiner Mitarbeiterinnen wurde es zu einem echten Schmuckstück. Dazu erklärte Dieter Steinecke: "Gerade im Stadtteil Schilfbreite besteht ein Mangel an

Angeboten für Kinder. Durch das freiwillige Vorhaben der ev. Jugendstiftung St. Johannis Bernburg wird ein dringender Bedarf befriedigt."

Dazu der JU-Kreisvors. Tobias Krull: "Wegen der Flexibilität bei den Angeboten ist die Vergabe von kommunalen Jugendhilfeeinrichtungen in freie Trägerschaft der richtige Weg. Die Betreuung durch die pädagogischen Fachkräfte erfolgt hier im Ehrenamt" Es ist vorgesehen, die Einrichtung für alle Generationen zu öffnen, ein wichtiger Schritt bei einer immer älter werdenden Gesellschaft.

M. Schmidt, JU-Pressesprecher

Herzliche Glückwünsche

April
 Horst Rogat zum 85. Geburtstag
 Melitta Schlehf zum 84. Geburtstag
 Hildegard Rogat zum 81. Geburtstag
 Fauke Steinbömer zum 73. Geburtstag
 Horst Hollubetz zum 72. Geburtstag
 Dr. Werner Fiedler zum 68. Geburtstag
 Hans-Albert Didszonat zum 67. Geburtstag

Mai
 Magdalena Ruden zum 83. Geburtstag
 Günther Hoff zum 77. Geburtstag
 Günter Szomm zum 70. Geburtstag
 Wolfgang Rausch zum 67. Geburtstag
 Dr. Christoff Gastmann zum 66. Geburtstag

Juni
 Kurt Stieler zum 85. Geburtstag
 Ruth Witt zum 84. Geburtstag
 Joachim Vogt zum 75. Geburtstag
 Erich Willi Lüderitz zum 73. Geburtstag
 Herbert Jellinek zum 68. Geburtstag
 Fritz Stock zum 67. Geburtstag
 Reiner Riegg zum 66. Geburtstag
 Klaus Richter zum 65. Geburtstag

Interfraktionelle Zusammenarbeit gegen schleichende Entmachtung des Stadtrates durch den OB



Der Magdeburger Stadtrat in seinem Ersatz-Tagungsort im Landtag am Domplatz.
Foto: Tobias Krull

Die Ergebnisse der letzten Kommunalwahl haben für keine klaren Mehrheiten im Magdeburger Stadtrat gesorgt. Im Gegenteil, mit 6 Fraktionen herrscht eine bisher unbekannt Vielfalt im Magdeburger Stadtparlament.

Diese Tatsache macht eine problem- und sachorientierte Zusammenarbeit über bestehende Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg ein-

fach notwendig. Nur so ist es möglich, ein politisches Gegengewicht zu der unter Oberbürgermeister Trümper nach außen einheitlich auftretenden Stadtverwaltung zu bilden.

In der vergangenen Zeit mehrten sich die Initiativen des Oberbürgermeisters, die Kompetenzen und die Aufgaben des obersten Organs der Landeshauptstadt, nämlich des

Stadtrates, zu reduzieren und somit dieses Gremium schleichend zu entmachten.

Nachdem rund ein Jahr der aktuellen Wahlperiode vergangen ist, bleibt festzustellen, dass es zahlreiche interfraktionelle Anfragen und Anträge gegeben hat. Hier nur einige Beispiele bei denen die CDU-Ratsfraktion die Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen gesucht und realisiert hat:

- gemeinsamer Antrag von SPD, B90/Grünen, FPD und CDU zur Überprüfung der Stadtratsmitglieder auf Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit,
- Antrag zur Verlängerung der Öffnungszeiten zum Stadtjubiläum gemeinsam von SPD, B90/Grünen und CDU gestellt,
- interfraktioneller Antrag von FPD und CDU für verlängerte Beleuchtungszeiten des Dom im Jahr des 1200jährigen Stadtjubiläums,
- ein Antrag aller im Stadtrat vertre-

tenen Parteien zur schnelleren Lösung der bestehenden Tierheimproblematik und

- ein Antrag zur Öffnung der Schulinzugsbereiche von B90/Grünen und CDU.

Natürlich kann keine Seite bei den Abstimmungen zu einer gemeinsamen Initiative ihre Maximalforderungen durchsetzen. Doch wenn es den CDU-Vertretern im Magdeburger Stadtrat gelingen soll, mindestens Teile des CDU-Kommunalwahlprogramms Realität werden zu lassen, sind solche Kompromisse, die nicht immer einfach zu finden sind, unvermeidbar.

Im Interesse einer zukunftsfähigen und sich weiter entwickelnden Landeshauptstadt Magdeburg wird sich die CDU-Ratsfraktion den Herausforderungen, die die gegenwärtige Lage im Magdeburger Stadtrat mit sich bringt, auch weiterhin stellen.

Tobias Krull
Fraktionsassistent

Der richtige Blick fürs Wesentliche

Design/Grafik
Offsetdruck
Realisierung
Verlag

harzdruckerei
warnigerode

Harzdruckerei - 0611 - 30045 - Warnigerode - Tel. 03943114-2449 - Fax 03943114-2448 - E-Mail: info@harzdruckerei.de - www.harzdruckerei.de

Gutti's Party-Service

- Kalte Platten
- Kalte Büffets
- Warme Menüs
- Spanferkel & Krustenbraten

Wir gestalten für Sie einen Barbecue

Rostbratwurst
Buletten
Spare Ribs
Kammsteak mit
Kartoffelsalat
Nudelsalat
Rohkostsalat
Gemüsesalaten und
Saucen
Weißbrot
Partybrötchen
Baguette

inkl. Anlieferung des Grillguts und bereitstellen eines Gasgrills, ab 20 Personen für nur:
9,00 € p.P.

Wir vermitteln Partyräume (25/50/80 Personen)
Partyzubehör (Tische, Stühle, Geschirr u.v.m.)

Bestellannahme: Di-Fr 10.00-18.00 Uhr und nach Vereinbarung
Inhaber: B. Schulz, Zum Lindenweiler 45, 39110 Magdeburg
Telefon: 0391 7221326

Extremismus - Eine Gefahr für die Demokratie?

Am 23. April organisierte die Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. eine Veranstaltung unter dem Titel "Extremismus - Eine Gefahr für die Demokratie in Sachsen-Anhalt?". Als Referent war der Chemnitzer Politik-Professor Eckhard Jesse eingeladen.

Inhalt war u. a. ein Vergleich des Links- und Rechtsextremismus. Prof. Jesse sieht als die Gemeinsamkeit die Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates. Ansonsten aber würden Links- und Rechtsextremisten ganz unterschiedliche Ziele verfolgen.

Eine Gefahr für die Demokratie sieht Prof. Jesse nicht und warnt vor Hysterie. In jeder Gesellschaft gibt es einen extremistischen Bodensatz, der allerdings nicht zu groß werden darf, deshalb müssen diese Gruppen im Auge behalten werden.

An eine Wiederwahl der DVU in den Landtag von Sachsen-Anhalt glaubt der Politikwissenschaftler nicht. Nach ihrer Wahl im Jahr 1998 hätte sich die Partei durch ihr Auftreten so diskreditiert, dass die anderen Parteien im Wahlkampf gute Argumente gegen sie hätten und auch die Wähler würden sich daran erinnern.

Ulrich Sebastian ging in seinem Referat auf die Frage ein, welche Argumente Demokraten linken und rechten Parolen entgegen setzen können. Dabei analysierte er auch, wie Extremisten für sich werben wollen, Beispiele waren die Musik und das Internet.

In der Podiumsdiskussion ging es um die Frage, ob ein Verbot extremer Parteien durch das Bundesverfassungsgericht sinnvoll ist. Prof. Jesse vertrat hier die Meinung, dass unsere wehrhafte Demokratie dieser Belastung gewachsen ist. Dr. Reiner Haseloff hingegen vertrat den Standpunkt, dass auch ein Verbot ein Mittel der wehrhaften Demokratie ist und durchaus Anwendung finden sollte. Mit beiden Gesprächspartnern und dem Publikum wurde unter der Moderation von Holger Stahlknecht, MdL, sehr intensiv diskutiert. *Alexandra Mehnert*

Stern sucht Kontakt zur Jungen Union



Zu einem Informations- und Meinungsaustausch trafen sich Mitglieder der Jungen Union Magdeburg mit dem Vorsitzenden der CDU-Ratsfraktion Reinhard Stern.

Nach einer kurzen Begrüßung erläuterte der Fraktionsvorsitzende die Grundprinzipien der kommunalpolitischen Arbeit im Stadtrat. Dabei ging er auch auf die zahlreichen Initiativen der Stadträte in Form von Anträgen und Anfragen ein.

In diesem Zusammenhang forderte er die Mitglieder der Jungen Union auf, insbesondere jugendpolitische Themen zu besetzen.

Die anwesenden JU-Mitglieder und Gäste unterstützten dieses Anliegen, betonten aber zugleich, dass fast alle kommunalpolitische relevanten Entscheidungen auch Auswirkungen auf die Jugend dieser Stadt haben.

Intensiv wurden aktuelle Themen

wie der Neubau eines Stadions in Magdeburg, die Situation an den Magdeburger Schulen aber auch die Zukunft des Theaterjugendclub diskutiert.

In Fragen der Zusammenarbeit zwischen Ratsfraktion und JU konnte für diese Wahlperiode eine positive Bilanz gezogen werden.

So sind zwei JU-Mitglieder (Daniel Kraatz und Tino Sorge) als sachkundige Einwohner in Stadtratsausschüssen aktiv. Des Weiteren sind zwei JÜler (Thomas Schwenke und ich selbst) als Mitglieder im Jugendhilfeausschuss tätig.

Die bisherige Kooperation soll aber noch verstärkt werden mit dem Ziel in späteren Jahren qualifizierte und motivierte Mandatskandidaten zu haben.

In lockerer Folge sollen solche Gespräche mit allen Stadträten der CDU-Ratsfraktion organisiert werden.

Tobias Krull
JU-Kreisvorsitzender

Zum Stadtjubiläum in Berlin präsentiert

Am 11. April erhielt die Landeshauptstadt die Gelegenheit, sich mit ihrem Stadtjubiläum in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt in Berlin vorzustellen. Neben zahlreichen Vertretern des politischen Berlins waren Diplomaten, Journalisten sowie weitere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu diesem Anlass eingeladen worden.

Natürlich wollten sich auch einige Magdeburgerinnen und Magdeburger diese Chance nicht nehmen lassen, ihre Heimatstadt in der Bundeshauptstadt vorzustellen.

Durch die CDU-Kreisgeschäftsstelle, maßgeblich die CDU-Kreisgeschäftsführerin Frau Luding, wurde ein entsprechender Bustransfer zur Landesvertretung organisiert. Das ungewöhnliche war die politische Zusammensetzung der Mitreisenden. So waren Mitglieder der Stadtratsfraktionen der PDS, der SPD und natürlich der CDU mit an Bord. Weitere Mitglieder aus den Reihen der CDU und deren Organisationen ergänzten auf Einladung von Eva-Maria Wybrands, MdL, und Bernd



Heynemann, MdB, die Reisegesellschaft.

In Berlin erwartete alle eine mit Höhepunkten gespickte Vorstellung Magdeburgs im Jahr des 1200jährigen Stadtjubiläums. Nach der Begrüßung durch den Hausherrn der Landesvertretung, Staatssekretär Dr. Michael Schneider, hielt Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper eine kurze Ansprache. Es folgten unter anderem Beiträge zur Historie vom Direktor des Kulturhistorischen Museums, Prof. Matthias Puhle, eine humoristische Ein-

lage sowie eine kleine Aufführung des Puppentheaters Magdeburg.

Nach dem Ende des offiziellen Teils sorgte das Sax'n-Anhalt Orchester immer wieder für gute Stimmung unter den Anwesenden.

Der Abend wurde mit Gesprächen in lockerer Atmosphäre weitergeführt. Erst gegen Mitternacht traf der Bus mit seiner heiteren Besatzung wieder in Magdeburg ein.

Herzlichen Dank an alle Beteiligten für diesen gelungenen Abstecher nach Berlin.

Tobias Krull
CDU-Mitglied

Sportpolitischer Kongress der Unionsfraktion - voller Erfolg

"Der sportpolitische Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion "Sport eint, bildet, begeistert" stellte den umfassenden gesellschaftlichen Stellenwert des Sports für die Gestaltung einer zukunftsfähigen humanen Gesellschaft dar. Sport vermittelt Werte und demokratische Grundeinstellungen, formt positive Lebenshaltungen, stärkt Gemeinsinn, integriert und fördert die Bereitschaft zur Leistung. Sport und Bewegung trägt entscheidend zu gesundheitlichem Wohlbefinden und zur intellektuellen Beweglichkeit bei.

In Grundsatzreden hoben die Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Angela Merkel, und der Präsident des Deutschen Sportbundes, Manfred von Richthofen, diese herausragende Bedeutung des Sports für den Einzelnen und die Gesellschaft und die wechselseitige Beziehung von Sport und Politik hervor. Es ist Aufgabe des Staates, den Sport in seinen vielseitigen Aufgaben subsidiär zu unterstützen, Zielsetzungen und das verantwortliche Handeln müssen die Sache des Sports bleiben.

Eine herausragende Aufgabe falle dabei den Vereinen zu, die vom ehrenamtlichen Engagement der Mitglieder getragen werden. Es müsse ernst gemacht werden mit dem Abbau bürokratischer Hemmnisse und der Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission "Zukunft des

Bürgerschaftlichen Engagements", um das Innovationspotential und die Kreativität von Millionen Mitgliedern für die Vereinsarbeit sinnvoll nutzen zu können. Unsere Vereine brauchen moderne Sportstätten und qualifizierte Übungsleiter, um den gestiegenen Anforderungen gerecht werden zu können. Die Bestimmungsvorschriften für Sportvereine müssten verständlicher gefasst werden. Die Zusammenarbeit zwischen Schule und Verein ist zu intensivieren, um zum lebenslangen Sporttreiben zu erziehen.

Deutschland soll eine Sportnation auf Weltniveau bleiben. Dazu bedarf es einer gezielten Nachwuchsförderung und der Vereinbarkeit von sportlicher und beruflicher Karriere. Qualitativ gute Elite-schulen des Sports sind ein erster Schritt. Schulen, Hochschulen und Wirtschaft sind gefordert, die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen. Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und Zoll müssen ihren hohen Standard in der Spitzensportförderung halten. Die sportwissenschaftlichen Einrichtungen sind auszubauen und die Ausbildung von Trainern auf internationalem Niveau zu sichern. Nur im Zusammenspiel aller gesellschaftlichen Kräfte wird Deutschland eine führende Sportnation bleiben. Auch die Spitzensportförderung des Bundes muss den internationalen Gegebenheiten Rechnung tragen.

Nur ein dopingfreier Sport wird eine breite gesellschaftliche Anerkennung erfahren und seinen ethischen Ansprüchen gerecht werden. Unangemeldete Trainingskontrollen müssen verstärkt und die Kontroll- und Sanktionssysteme der nationalen Sportverbände unter Leitung der NADA angeglichen werden; dies gilt auf internationaler Ebene auch für die WADA und die Weltverbände. Die Dopingforschung und -analytik muss intensiviert werden. Eine breite Aufklärungsarbeit ist in der Trainerausbildung und bei heranwachsenden Athleten zu leisten. Die Aufgabe des Staates ist es, den Sport in allen angesprochenen Bereichen subsidiär zu unterstützen.

Sport von Menschen mit Behinderungen ist dem Sport von Menschen ohne Behinderungen gleichzustellen. Behindertengerechte Ausstattung sollte zu allen Sportstätten gehören wie auch

ausgebildete Übungsleiter, um Rehabilitation zu erleichtern.

Für den Spitzensport von Menschen mit Behinderungen müssen auf allen Ebenen die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden: Spitzensportler brauchen hauptamtliche Trainer und einen uneingeschränkten Zugang zum Stützpunktsystem, deren medizinischen Betreuung und sportwissenschaftlichen Einrichtungen, damit unsere Athleten international eine Chance haben.

Der Sportkongress hat gezeigt: Es gibt in Deutschland eine hohe Begeisterung, eine fundierte Sachkompetenz und eine außergewöhnliche Bereitschaft, sich für den Sport zu engagieren.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird die Anregungen des Sportkongresses nutzen und in die parlamentarische Arbeit einbringen."

*Bernd Heynemann, MdB
Mitglied des Sportausschusses
des Bundestages*



Magdeburg in Feierlaune. Das 1200jährige Stadtjubiläum lockte an Pfingsten Tausende Menschen in die Innenstadt. Weitere Festivitäten werden folgen. Foto: Birgit Uebe



Führung durch das Kulturhistorische Museum am 23. Mai 2005

Prof. Dr. Matthias Puhle informierte darüber, dass in den vergangenen Jahren erhebliche Umbauten erfolgten. Dass jedoch auf Grund einer vorgezogenen Baumaßnahme (das Bauordnungsamt bestand darauf, ein fast 300.000 Euro teures Treppenhaus als Fluchtweg bereits jetzt auszuführen) und durch eine Verteuerung im Bereich Haustechnik die Kosten des zweiten Bauabschnitts insgesamt um 600.000 Euro höher liegen als geplant. Diese Mittel muss der Stadtrat erst noch freigeben, sonst kann der Ausbau einiger Ausstellungsräume im Ostflügel nicht wie geplant beendet werden - und die Durchführung der Landesausstellung "Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation. 962-1806" im Herbst 2006 wäre gefährdet.

Insgesamt werden das Kulturhistorische Museum und das Museum für Naturkunde (beide sind in dem Haus untergebracht) künftig etwa 4000 Quadratmeter Ausstellungsfläche zur Verfügung haben. Nach der Landesausstellung 2006 - hier erwartet Puhle wieder 200-300.000 Gäste! - soll das Museum wieder eine Dauerausstellung zur Magdeburger Stadt- und Kulturgeschichte beherbergen. Thomas Nawrath, Foto: Birgit Uebe

Ratsfraktion will sich für Diesdorfer Probleme stark machen

Im Rahmen ihrer Veranstaltungsreihe "Fraktion vor Ort" tagte die CDU-Ratsfraktion in der Grundschule Diesdorf. Dabei bot sich allen Bürgerinnen und Bürgern in einer Bürger-sprechstunde die Möglichkeit, ihre Anfragen, Anregungen aber auch Probleme den anwesenden Fraktionsvertretern mitzuteilen.

Vor der eigentlichen Fraktionssitzung besichtigten die Stadträte unter der sachkundigen Leitung des Schuldirektors Steffen das Schulgebäude und die Sporthalle und informierten sich vor Ort sowohl über die aktuelle Schulsituation in Diesdorf als auch über den baulichen Zustand des Gebäudes und der Anlagen.

Die zahlreich erschienenen Bürgerinnen und Bürger nutzten das Gesprächsangebot. In den ersten Fragen wurde der bauliche Zustand des Schulgebäudes sowie eine dringend benötigte Kleinfeldsportanlage behandelt. Als Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Schule und Sport versprach Stadtrat Gunter Schindehütte, diesen Themenkom-

plex in den entsprechenden Ausschüssen anzusprechen.

In zahlreichen Beiträgen aus den Reihen der Anwesenden wurden städtebauliche Vorhaben behandelt. Dabei ging es unter anderem um den Zustand der Großen Diesdorfer Straße, die geplanten Baumaßnahmen im Bereich Lindenweiler sowie die Gestaltung des Börderadweges im Bereich Schroteanger. Der Vorsitzende des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr, Stadtrat Gerhard Ruden, sagte eine Klärung durch die Ratsfraktion in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung zu.

Vertreter der Bürgerinitiative baten um die Unterstützung zur Errichtung eines Bürgerhauses für Diesdorf. Das entsprechende Gebäude befindet sich zwar bereits im Besitz des Vereins, aber bis die angestrebte Nutzung voll möglich ist, besteht noch erheblicher Arbeits- und damit auch Finanzbedarf.

Große Anerkennung fand die von Bernd Reppin im Stadtrat geleistete

Arbeit. Mit mehreren Anträgen zum Beispiel zur Parksituation in der Flechtinger Straße hat er bewiesen, dass sich die CDU den Problemen der Menschen annimmt und entsprechende Lösungen sucht.

Im Rahmen der Diskussion wurde auch das Dienstleistungsangebot der Stadtverwaltung für die Bürgerschaft thematisiert, insbesondere die gewünschte Fortsetzung des Projekts "Mobiles Bürgerbüro". Nach der noch vorzulegenden Auswertung der Ergebnisse soll über die Zukunft des Vorhabens entschieden werden.

Durch die CDU-Ratsfraktion gab es ein klares Bekenntnis zu den Freiwilligen Feuerwehren in Diesdorf und Olvenstedt. Der Fraktionsvorsitzende dankte allen Anwesenden für die konstruktive Diskussion und versprach über die Ergebnisse entsprechend zu informieren.

Die Reihe "Fraktion vor Ort" wird in weiteren Stadtteilen ihre Fortsetzung finden.

Reinhard Gurcke

CDU-Fraktionsgeschäftsführer

Impressum

Herausgeber:

CDU-Kreisvorstand Magdeburg
39104 Magdeburg, Hegelstr. 23

Tel. 0391 2549812

Fax 0391 2549810

e-mail: cdu@magdeburg.de

Redaktion:

Wilfried Köhler

Layout/Satz:

Birgit Uebe, Medien-
und Fotografiedesign
Tel. 0391 6076884

Druck:

Harzdruckerei Wernigerode

Auflage:

1.500 Exemplare

Erscheinungsweise:

viermal jährlich

RAMADA HOTEL MAGDEBURG



RAMADA



Unsere Highlights für Sie im Sommer:

01.07.-31.07.2005 Mexikanische Gaumenfreuden, „Dinner for Two“, täglich ab 18.00 Uhr, Mexikanisches 3-Gang-Menü für EUR 18,00 p. P.

30.07.2005 Candle Light Dinner ab 18.00 Uhr, EUR 20,00 p. P. inkl. 1/5 l Wein Ihrer Wahl

31.07.2005 Mexikanischer Schlemmerbrunch ab 11.30 Uhr, EUR 19,50 inkl. 1 Glas Original mexikanischem Tequila

01.08.-31.08.2005 „Vive la France“, „Dinner for Two“, täglich ab 18.00 Uhr, Französisches 3-Gang-Menü für EUR 18,00 p. P.

27.08.2005 Zuckertüten-Brunch ab 12.00 Uhr, EUR 18,00 p. P. Für unsere ABC-Schützen gratis

27.08.2005 Candle Light Dinner ab 18.00 Uhr, EUR 20,00 p. P. inkl. 1/5 l Wein Ihrer Wahl

28.08.2005 Französischer Schlemmerbrunch mit Fisch und Meeresfrüchten ab 11.30 Uhr, EUR 22,50 p. P. inkl. 1 Glas Champagner

01.09.-30.09.2005 „Urlaubserinnerungen“

Eine bundesweite Aktion der RAMADA-Treff Hotels & Resorts „Dinner for Two“ täglich ab 18.00 Uhr, 3-Gang-Menü, EUR 18,00 p. P.

11.09.2005 Familien-Schlemmerbrunch ab 11.30 Uhr, EUR 19,50 inkl. 1 Glas Hauswein

17.09.2005 2. Magdeburger Hochzeitsball, Live Musik, Begrüßungscocktail, köstliches Dinnerbuffet und Überraschungen, EUR 39,00 p. P.

RAMADA HOTEL MAGDEBURG

Hansapark 2 · 39116 Magdeburg · Tel. (03 91) 63 63-0 · Fax (03 91) 63 63-550

E-Mail: magdeburg@ramada-treff.de · www.ramada-treff.de

EVERYTHING EXCEPT EXCESS!